

**Öffentliche Niederschrift über die
41. Sitzung des Kreisausschusses (11. Wahlzeit)
des Landkreises Trier-Saarburg
am 25.01.2023 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **15:06** Uhr

Ende: **18:58** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Stefan Metzdorf

Mitglieder

Herr Wolfgang Benter

Vertretung für Herrn Arnold Schmitt

Herr Boris Bulitta

Frau Stephanie Freytag

bis 18:30 Uhr (TOP 3)

Herr Bernhard Henter

Herr Michael Holstein

bis 18:04 Uhr (TOP 3)

Herr Dieter Klever

Frau Stephanie Nickels

bis 18:13 Uhr (TOP 3)

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Herr Achim Schmitt

Vertretung für Herrn Lothar Rommelfanger

Herr Markus Thul

Herr Joachim Trösch

Herr Alfred Wirtz

Vertretung für Frau Dr. Kathrin Meß

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Lutwin Ollinger

bis 17:22 Uhr (TOP 3), ab 18:56 Uhr
(TOP 6)

Frau Kreisbeigeordnete Kathrin Schlöder

Verwaltung

Frau Alexandra Apel-Kuchenbrandt

Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales

Frau Fachärztin Sabine Becker

Abteilung 9 - Gesundheitsamt

Herr Andreas Beiling

Leiter der Abteilung 7 - Jugendamt (Soziale Dienste und Wirtschaftliche Hilfen)

Herr Reinhard Benzkirch

Leiter der Abteilung 10 - Sicherheit, Ordnung und Verkehr

Herr Norbert Etringer

Leiter der Abteilung 5 - Schulen und Bildung

Herr Christoph Fuchs

Leiter des Geschäftsbereichs V

Herr Mario Jägen

Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales

Herr Eric Jakobs	Abteilung 15 - Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
Frau Bettina Krüdener	Abteilung 14 - Jugendamt (Kita, Jugendpflege, Sport)
Herr Dr. Dirk Lühnenschloß	Leiter der Abteilung 12 - Veterinäramt
Herr Norbert Mehrfeld	Verwaltungsleitung Abteilung 9 - Gesundheitsamt
Frau Angelika Mohr	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Andreas Müller	Leiter der Abteilung 13 - Informationstechnologie
Herr Thomas Müller	Leiter des Büro des Landrates
Herr Norbert Rösler	Leiter der Abteilung 11 - Bauen und Umwelt
Frau Irmgard Schmitt	Abteilung 3 - Gebäudemanagement
Herr Detlef Schmitz	Leiter der Abteilung 8 - Sozialamt
Frau Hannah Schmitz	Büro des Landrates - Pressestelle
Herr Stephan Schmitz-Wenzel	Leiter des Geschäftsbereichs III
Herr Dr. Jürgen Staat	Leiter der Abteilung 3 - Gebäudemanagement
Herr Günther Thull	Abteilung 12 - Veterinäramt
Herr Alois Zehren	Leiter der Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales

nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Dr. Kathrin Meß	entschuldigt
Herr Lothar Rommelfanger	entschuldigt
Herr Arnold Schmitt	entschuldigt

mit beratender Stimme

Herr Erster Kreisbeigeordneter Alfons Peter Rodens	entschuldigt
--	--------------

Verwaltung

Herr Joachim Christmann	Leiter des Geschäftsbereichs II; entschuldigt
Herr Rolf Rauland	Leiter des Geschäftsbereichs IV; entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Der **Landrat** eröffnet die heutige Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt herzlich dazu die Mitglieder, die Verwaltung sowie die Gäste. Ferner weist er auf die getroffenen Hygienemaßnahmen hin.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung schlägt der **Landrat** zu Beginn vor, die Tagesordnung um folgende Tagesordnungspunkte zu erweitern:

- Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner zum Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2023
- Schulung und Sensibilisierungskampagne Informationssicherheit

Der **Kreisausschuss** stimmt der Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 27 Abs. 7 LKO zu. Die Tagesordnungspunkte werden fortan als Tagesordnungspunkt 1, 2 und 4 behandelt.

Es bestehen keine weiteren Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 2. Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner zum Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2023; Vorlage: 0033/2023**
- 3. Beratung über den Kreishaushalt 2023; Vorlage: 0007/2023**
- 4. Schulung und Sensibilisierung Informationssicherheit - Auftragsvergabe
Vorlage: 0003/2023**
- 5. Informationen und Anfragen**
- 5.1. Beteiligung des Jugendamtsträgers an den Baukosten einer Kindertagesstätte; Vorlage: 0044/2023**
- 5.2. Weitere Informationen und Anfragen**

Öffentlicher Teil

2. Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner zum Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2023; Vorlage: 0033/2023

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung, die den Ausschussmitgliedern per Tischvorlage zur Verfügung gestellt wurde. Er bittet diesbezüglich um Kenntnisnahme und verweist auf dessen Beschlussfassung im Kreistag am 22.02.23.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen ohne Fragen zur Kenntnis.

3. Beratung über den Kreishaushalt 2023; Vorlage: 0007/2023

Protokoll:

Landrat **Metzdorf** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung, sowie deren Anlagen. Weiterhin geht er auf die in diesem Jahr vielfältigen Haushaltsrisiken ein. Hierzu zählen unter anderem die Auswirkungen des Ukraine-Krieges, die Energiekrise und die bisher unklare Finanzierung des 49-Euro-Tickets. Darüber hinaus zählt er den Defizitausgleich beim Kreiskrankenhaus, die voraussichtliche Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst, die noch unbekannte Höhe der Ausschüttung der Sparkasse Trier und das geänderte LFAG. Aus seiner Sicht müsse die Kreisumlage aufgrund des fehlenden finanziellen Spielraums beim jetzigen Stand gelassen werden.

Frau **Apel-Kuchenbrandt** verweist auf den Vorbericht und Herr **Jägen** erläutert die Eckdaten zum Kreishaushalt 2023.

Auf Rückfragen der Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU), **Sahler-Fesel** (SPD) und **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen) sagt der **Landrat** zu, dass Ihnen im Nachgang zur Sitzung eine Übersicht zum neuen LFAG zugesendet werde.

Teilhaushalt 1001: Büro des Landrates

Teilhaushalt 1002: Stabsstelle „Kreientwicklung und Klimaschutz“

Teilhaushalt 1020: Abteilung 2 „Personal“

Der **Landrat** verweist auf die o. g. Teilhaushalte.

Geschäftsbereichsleiter **Fuchs** erläutert im Folgenden den Stellenplan des Kreishaushaltes 2023.

Auf Rückfragen der Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) und **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen) erklären Geschäftsbereichsleiter **Fuchs** und Frau **Becker**, dass die Dokumentationen im Nachgang zur Corona-Pandemie eine gesetzliche Meldepflicht seien, die weiterhin nach dem Infektionsschutzgesetz gelte. Dieses Gesetz gelte in der aktuellen Fassung bis zum 07.04.23.

Landrat **Metzdorf** ergänzt im Rahmen des Stellenplans, dass hinsichtlich der steigenden Cyberkriminalität, der bundesweit bereits zwei Kreisverwaltungen zum Opfer gefallen seien, derzeit auf der Ebene des Landkreistages eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen diskutiert werde.

Nach der Bitte des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU), ihm die gesetzliche Grundlage für die Zuständigkeit bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention zukommen zu lassen, erklärt Geschäftsbereichsleiter **Fuchs**, dass die Zuständigkeit beim Landkreis liege. Die Gleichstellungsbeauftragte habe bei einem Telefonat mit dem Ministerium hierfür die Bestätigung erhalten. Die Verwaltung schlage aus diesem Grund einen Sperrvermerk bei dieser Stelle vor. Der entsprechende Fachausschuss habe zu diesem Thema bereits einen Beschluss gefasst. Er verweist auf die bereits übermittelten Informationen per E-Mail.

Aus Sicht von Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) sei diese Stelle längst überfällig.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) teilt Geschäftsbereichsleiter **Fuchs** mit, dass es aktuell 24 laufende Einstellungsverfahren gebe. Von 63 Stellen seien 40 Stellen bspw. durch Elternzeit, Altersteilzeit, etc. unbesetzt.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Trösch** (BfB) erklärt der **Landrat**, dass es zwischen der Verwaltung und der freien Wirtschaft Unterschiede unter anderem wegen der Verwaltungsverfahrensvorschriften gebe.

In der weiteren Beratung werden die Punkte offene Stellen, Arbeitsbelastung durch Aufgabenmehrungen und die Priorisierung von Tätigkeitsbereichen angesprochen. Der **Vorsitzende** betont, dass er kontinuierlich bei den Spitzenverbänden dafür werbe, die Kommunen mit einer ordentlichen Finanzausstattung zu versehen. Als Dienstherr habe er gegenüber den Mitarbeiter:innen eine Fürsorgepflicht. Er sagt zu, dass die Verwaltung bei Bedarf an den Fraktions-sitzungen teilnehmen könne.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich der Gewerbesteuer gibt Abteilungsleiter **Zehren** an, dass Abteilung 6 die Umlagegrundlagen seitens der Verbandsgemeinden gemeldet bekomme. Dabei sei zu berücksichtigen, dass im Jahr 2022 keine Gewerbesteuer-Ausgleichszahlungen des Landes gezahlt wurden. Aus diesem Grund ergebe sich der relativ große Unterschied zwischen den Daten 2022 und 2023.

Teilhaushalt 1060: Abteilung 6 Finanzen und Kommunales

Teilhaushalt 1061: Finanzwirtschaft

Teilhaushalt 1062: Kreiskrankenhaus Trier-Saarburg

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 1130: Abteilung 13 „Informationstechnologie“

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt und begrüßt Herrn Abteilungsleiter A. Müller.

Weitere Erläuterungen erfolgen durch Abteilungsleiter **A. Müller**.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Trösch** (BfB) geben der **Landrat** und Abteilungsleiter **A. Müller** an, dass der Landkreis keine Software eigenständig entwickle. Jedoch sei die Verwaltung in verschiedenen Landesarbeitsgruppen vertreten, sodass dort Anregungen vorgebracht werden können. Eine Herausforderung sei dabei, dass jede Verwaltung eine unterschiedliche Vorgehensweise habe.

Besonderes betont Landrat **Metzdorf**, dass dem Landkreis Mehrkosten durch Schnittstellen und die Gesellschaft für Kommunikation und Wissenstransfer (KommWis) entstehen. Dabei handle es sich um eine landesweite kommunale Gesellschaft. Jedoch sei beispielsweise das bereitgestellte Dokumentenmanagementsystem aus seiner Sicht unzufriedenstellend. Er werde diesbezüglich Gespräche führen. Die Verwaltung bereite momentan eine Ausschreibung vor, an der sich weitere Landkreise beteiligen wollen. Er verweist auf die Ältestenratssitzung am 13.04.23, in der über den Themenkomplex Digitalisierung beraten werden solle.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) stimmt seinem Vorredner zu. Wenn die KommWis unzureichende Produkte liefere, könne der Landkreis Trier-Saarburg aus dieser Gesellschaft austreten.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine weiteren Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 2001: Kreisrechtsausschuss

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 2070: Abteilung 7 „Jugendamt (Soziale Dienste und Wirtschaftliche Hilfen)“

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt. Ferner begrüßt er Herrn Abteilungsleiter Beiling.

Nach den Erläuterungen durch Abteilungsleiter **Beiling** erkundigen sich die Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) und **Sahler-Fesel** (SPD) hinsichtlich der Rückgriffsquote im Rahmen des Unterhaltsvorschusses. Sie lag 2021 bei 27,1 v. H. (Durchschnitt RLP 22,1 v. H.) und 2022 bei 25,8 v. H. (Durchschnitt RLP 23,6 v. H.). Sie werde vom Landesjugendamt veröffentlicht.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) bezüglich der

sozialraumorientierten Jugendhilfe bringt Abteilungsleiter **Beiling** an, dass dessen Fortführungen bzw. Ausschreibungen der Kooperationspartner im Jugendhilfeausschuss beraten werden.

Einzelfallprüfungen seien unter anderem bei den stationären Erziehungshilfen für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge durchzuführen, gibt Abteilungsleiter **Beiling** auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) an. Über jede Leistung werden hierbei Verträge abgeschlossen.

Im Folgenden beraten die **Anwesenden** über die Entwicklung der Inobhutnahmen sowie weitere Produkte des Teilhaushaltes.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 2140: Abteilung 14 „Jugendamt (Kindertagesstätten, Jugendpflege, Sport“

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt.

Die **Anwesenden** beraten kurz über die voraussichtlichen Konsequenzen aus dem OVG-Urteil zu Kita-Investitionen.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) und von Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) schildert Frau **Krüdener** die Aufgaben der Jugendberufshilfe. Ein jährlicher Bericht werde dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine weiteren Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 2080: Abteilung 8 „Sozialamt“

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt. Ferner begrüßt er Herrn Abteilungsleiter **Schmitz**.

Bei seinen Ausführungen geht Abteilungsleiter **Schmitz** unter anderem darauf ein, dass für diesen Bereich umfangreiche Gesetzesänderungen zu berücksichtigen seien. Dessen Entwicklungen bleiben abzuwarten.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich der Bundessonderzahlungen an die Kommunen wegen der Ukraine-Flüchtlinge teilen die Abteilungsleiter **Schmitz** und **Zehren** mit, dass diese Einmalzahlungen gesetzlich geregelt seien. Die Summe in Höhe von 2,3 Mio. Euro sei bereits ausbezahlt worden. Für das Jahr 2023 sei die gleiche Summe vorgesehen. Sie sei im Haushalt verbucht. Die Verbandsgemeinden seien daran in noch nicht definierter Höhe zu beteiligen.

Der **Landrat** ergänzt, dass es zur Beteiligung der Verbandsgemeinden unterschiedliche Standpunkte seitens des Landkreistages und des Gemeinde- und

Städtebundes gebe. Diese Angelegenheit solle in einer der nächsten Bürgermeisterdienstbesprechungen beraten werden.

Nach einer Anmerkung von Abteilungsleiter **Zehren** stimmt der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) zu, dass der Landkreis die Einmalzahlung zum größten Teil in Anspruch nehmen solle, wenn er in diesem Bereich die Hauptlast trage.

Folgend beraten die **Anwesenden** über die Wohngeldpauschale, bei der es um einen pauschalen Zuschuss zu den Kosten der Unterkunft handle. Bei der Grundsicherung werden die Energiekosten (hier Heizkosten) in angemessener Höhe übernommen. Die Angemessenheit definiere sich über den Vergleich zu den Vorjahren. Ferner geht es in der weiteren Beratung um den Arbeitsumfang, der für die Bearbeitung der Wohngeldanträge nötig ist, sowie um die gedeckelten Leistungen der Pflegeversicherung im Bereich der häuslichen Pflege.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine weiteren Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 2081: Stabsstelle Sozialplanung

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 3010: Abteilung 1 „Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt“

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 3100: Abteilung 10 „Sicherheit, Ordnung und Verkehr“

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt. Ferner begrüßt er Herrn Abteilungsleiter Benzkirch.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 3110: Abteilung 11 „Bauen und Umwelt“

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt. Ferner begrüßt er Herrn Abteilungsleiter Rösler.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 3120: Abteilung 12 „Veterinäramt“

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt. Ferner begrüßt er Herrn Abteilungsleiter Dr. Lühnenschloß sowie Herrn Thull.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 3150: Abteilung 15 „Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst“

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 4030: Abteilung 3 „Gebäudemanagement“

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 4040: Abteilung 4 „Wirtschaft, Landwirtschaft, Weinbau“

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 4050: Abteilung 5 „Schulen und Bildung“

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt. Ferner begrüßt er Herrn Abteilungsleiter Etringer.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 5090: Abteilung 9 „Gesundheitsamt“

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt. Ferner begrüßt er Frau Becker und Herrn Mehrfeld.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Somit nimmt er ihn zur Kenntnis.

Teilhaushalt 5160: Abteilung 16 „Zentrale Dienste und Digitalisierung“

Der **Landrat** verweist auf den o. g. Teilhaushalt.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Somit nimmt er ihn

zur Kenntnis.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Thul** (CDU) erklärt der **Landrat**, dass im Rahmen der Ausschusssitzung für Schulen, Kultur und neue Medien am 15.02.23 die entsprechenden Teilhaushalte detailliert vorgestellt werden.

Landrat **Metzdorf** fasst zusammen, dass er sich für die unterjährig gute und konstruktive Zusammenarbeit an dieser Stelle bei den Gremienmitgliedern bedanken wolle. Die vorgebrachten Anmerkungen seitens des Kreisausschusses könne er durchaus nachvollziehen. Aus seiner Sicht sei der Kreishaushalt 2023 grundsolide aufgestellt worden. Er sei jedoch für Kompromisse offen. Die Verwaltung werde für Rückfragen in den kommenden Fraktionssitzungen zur Verfügung stehen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann verbleibt er im Einvernehmen mit den Anwesenden ohne Empfehlungsbeschluss. Weitere Beratungen sollen innerhalb der Kreistagsfraktionen getroffen werden.

4. Schulung und Sensibilisierung Informationssicherheit - Auftragsvergabe **Vorlage: 0003/2023**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, der Firma SoSafe GmbH aus Köln den Auftrag zur Durchführung der Sensibilisierungsmaßnahme zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. Informationen und Anfragen

5.1. Beteiligung des Jugendamtsträgers an den Baukosten einer Kindertagesstätte; Vorlage: 0044/2023

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

5.2. Weitere Informationen und Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine weiteren Informationen oder Anfragen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer:innen.

Der Vorsitzende:

(Stefan Metzdorf)

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)